Nr. 92 XXVIII. Jahrgang

Mittwoch, 7. April 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 82 mm breit, M. 1.80, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 82 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Listen- oder Ranksatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Einzeichnung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Einmarsch der Franzosen in Frankfurt, Darmstadt und Hanau

WTB. **Frankfurt a. M., 6. April. Heute morgen 5 Uhr ist Frankfurt a. M. von französischen Truppen besetzt worden.**

+ **Berlin, 6. April. (Eig. Drahtbericht.) Heute früh 4 Uhr sind die Franzosen in Darmstadt einmarschiert. Der hessische Ministerpräsident Ulrich hat sofort Einspruch erhoben. Die Franzosen befinden sich augenblicklich auf dem Wege nach Hanau.**

WTB. **Paris, 6. April. Die Agentur Havas meldet aus Mainz: Die französischen Truppen sind heute morgen 5 Uhr in Frankfurt eingerückt. Da sich in dieser Stadt nur Sicherheitswehr befand, hatte die Operation nur den Charakter eines militärischen Einmarsches. Darmstadt wurde gleichfalls heute früh 5 Uhr von französischen Truppen besetzt. Die in dieser Stadt in Garnison liegenden Reichswehrbataillone hatten die Stadt um Mitternacht verlassen, um jedes Zusammentreffen mit den französischen Truppen zu vermeiden. Die Reichswehr muß sich heute morgen 10 Kilometer östlich der Stadt befinden.**

Die Unruhen im Ruhrrevier haben nun leider durch die militärischen Maßnahmen, die sie notwendig machten, Folgen gezeitigt, um deren Vermeidung wir seit dem Tage der Friedensunterzeichnung kämpften. **Die Franzosen haben ihr Besetzungsgebiet erweitert und sind in Frankfurt und Darmstadt eingerückt** und jedenfalls auch in Hanau, von wo jedoch bis jetzt noch keine Meldung vorliegt. Daß die Regierung Millerand hierzu mit keiner militärischen Notwendigkeit und keinem Gebot staatsmännischer Vorsicht nachgegeben hat, dürfte jedermann klar sein, der die Entwicklung im Ruhrgebiet und die Art des Vorgehens der Regierung aufmerksam verfolgte. Die deutsche Regierung war nicht nur aus innerpolitischen Gründen, sondern ebenso sehr auch aus Gründen der äußeren Politik bisher eifrig bemüht, der Unruhen im Industriegebiet ohne Anwendung von Gewaltmitteln Herr zu werden. Sie hat in diesem Falle die Rücksicht auf die überempfindliche französische Regierung soweit gehen lassen, daß sie wieder ernstlich Gefahr lief, der Agitation deutschnationalistischer Elemente dankbarsten Stoff zu der von dieser geschätzten Verhetzung des Volkes zu liefern. Die rechtsstehende Presse war schon allzu eifrig dabei, der Regierung verwerfliche Schwäche und unerhörte Nachgiebigkeit gegen die radikale Arbeiterschaft vorzuwerfen, der zuliebe sie sich scheue, im Ruhrgebiet energisch vorzugehen. Trotz dieser Gefahr haben Ebert-Müller bis zum letzten Augenblick mit dem Befehl zum Einmarsch gewartet. Erst als Notschreie aus fast allen Städten des aufrührerischen Gebietes vorlagen und als der von der Regierung entsandte Kommissar Severing selbst keinen andern Ausweg mehr sah, erhielt die Truppe den Befehl, zu marschieren.

Die Regierung mußte sich in diesem Augenblick wohl bewußt gewesen sein, welche außenpolitische Schwierigkeiten sie hiermit heraufbeschwor, denn die Stellungnahme Millerands hatte gegen alle Vernunftgründe, die unser deutscher Geschäftsträger in Paris vorbrachte, nicht die geringste Aenderung erfahren. Auf die letzte Einwendung Dr. Mayers hat er noch mit den üblichen großsprecherischen Phrasen erklärt, das Verhalten der deutschen Regierung im Ruhrrevier bedeute eine Verletzung des Artikels 44 des Versailler Friedens und sei geeignet, den Frieden der Welt zu stören. Es gehört nicht viel Einsicht dazu, um die Verlogenheit des letzten Satzes zu erkennen. Selbst einem rabiaten Deutschenfresser dürfte es klar sein, daß der Frieden der Welt nicht gestört werden kann, wenn wir dafür sorgen, daß im Ruhrrevier die Ordnung wiederhergestellt und uns damit die Möglichkeit, unsern Vertragsverpflichtungen nachzukommen, gegeben wird. Es muß also andre Gründe haben, wenn die französische Regierung aus unserm Verhalten eine Vertragsverletzung konstruiert.

Daß diese Konstruktion recht künstlich und wohl dem Wortlaut der Paragraphen, niemals aber dem Sinne des Vertrages entsprechend ist, ergibt sich aus einem Vergleich mit den in Frage kommenden Artikeln des Friedensinstruments. Diese lauten:

Artikel 42

Es ist Deutschland untersagt, auf dem linken Ufer des Rheines und auf dem rechten Ufer westlich einer 50 Kilometer östlich des Flusses verlaufenden Linie Befestigungen zu unterhalten oder anzulegen.

Artikel 43

Ebenso sind in der im Artikel 42 angegebenen Zone die ständige oder zeitweise Unterhaltung oder Versammlung bewaffneter Kräfte sowie alle militärischen Uebungen jeglicher Art und die Beibehaltung aller materiellen Vorkehrungen für eine Mobilmachung untersagt.

Artikel 44

Sollte Deutschland in irgendeiner Weise gegen die Bestimmungen der Artikel 42 und 43 verstoßen, so würde dies als eine feindselige Handlung gegen die Signatarmächte des gegenwärtigen Vertrages und als Versuch einer Störung des Weltfriedens betrachtet werden.

Für die Besetzung der neutralen Zone wurden uns aber nach dem Abkommen vom 6. August insgesamt 17 500 Mann zugestanden. Diese Höchstzahl ist bis heute von uns noch nicht erreicht worden. Wie die Regierung erklärt, befinden sich im Industriegebiet zur Zeit nur 13 500 Mann, in der übrigen neutralen Zone 3500 Mann. Hiermit wäre also auch dem Wortlaut des Vertrages noch immer Genüge getan.

Was nun kann Millerand veranlassen, aus einer reinen Notwendigkeit, der die deutsche Regierung nachgeben mußte, eine Vertragsverletzung zu konstruieren? Eine militärische Gefahr kann von den 17 000 Mann Reichswehr in der besetzten Zone nicht ausgehen, eine absichtliche Verletzung kann nicht vorliegen. Also, was will Millerand? Es liegt die Möglichkeit vor, daß der französischen Regierung die Gelegenheit wieder einmal günstig kam, die Aufmerksamkeit der eigenen, immer unruhiger und unzufriedener werdenden Bevölkerung durch eine Aktion gegen Deutschland auf das Gebiet des französischen Nationalismus abzulenken und hierdurch die Stellung der militaristisch-nationalistischen Regierung Deschanel zu stärken. Dieser Erfolg wird zweifellos zunächst gezeitigt werden, aber er wird ebenso fraglos auch nur sehr vorübergehender Art sein. Es ist daher anzunehmen, daß dies Motiv nur als Begleitmotiv bei dem Verhalten Millerands maßgebend war. Im wesentlichen hat er sich wohl bestimmen lassen durch die pathologische Furcht der Franzosen vor einer Revision des Friedensvertrages.

Je mehr die ganze Welt erkennt, daß ein Aufrechterhalten des Vertrages von Versailles für die Dauer unmöglich sich vereinbaren läßt mit den Hoffnungen der Sieger auf hohe Schadenersatzleistungen Deutschlands, das zunächst wiederaufgerichtet und zu wirtschaftlicher Arbeit befähigt werden muß, um so mehr daher die Bundesgenossen Frankreichs sich mit dem Gedanken einer Abänderung vertraut machen, um so mehr hält Frankreich, das allein aus der Erfüllung jedes Buchstaben sein Glück und seinen Wohlstand erblühen sieht, an der unverrückten Einhaltung des Vertrages fest. Aus diesem Bestreben heraus hat es bis jetzt verstanden alle Pläne auf Milderung des Vertrages, zuletzt die in London gefaßten Beschlüsse über den Wiederaufbau und Kredit, zu durchkreuzen und für uns unwirksam zu machen. Durch die Verhinderung der Herstellung des deutschen Wirtschaftslebens und ebenso sehr jetzt durch die Erschwerung unsres Vorgehens im Ruhrrevier macht aber Frankreich gerade das unmöglich, was es eigentlich erreichen will, die Durchführung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages. Ohne Kredit können wir nicht einkaufen, ohne Ruhe im Industriegebiet nicht arbeiten, und ohne Arbeit können wir Frankreich nicht entschädigen. Millerand ist sich selbst also der schlimmste Feind, wenn er aus pedantischem und französisch-chauvinistischem Rechthabenwollen den Buchstaben des Vertrags über den Sinn stellt. Diese Erkenntnis wird sich bei ihm wohl nie durchringen, vielleicht gelingt es aber einmal andern, nicht unter dem Bann des verstiegenen Nationalismus und Militarismus stehenden Kreisen Frankreichs, darauf hinzuweisen, daß die beiden Völker miteinander arbeiten müssen, wenn sie wieder hochkommen wollen, nicht gegeneinander. Diese Zeit muß einmal kommen.

*

Ohne Zwischenfälle

⊕ **Mainz, 6. April. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Rheinflottille ist in der Nacht nach Hanau abgefahren. Die Besetzung Frankfurts ist ohne Zwischenfall vor sich gegangen, da infolge der frühen Morgenstunde die Bevölkerung nicht auf den Straßen war und den Einzug der französischen Truppen nicht sah. Die Franzosen hatten bereits am Ostermontag beträchtliche Verstärkungen, bestehend aus Kavallerie und Senegalnegern, sowie aus Kampfgeschwadern von Mainz gegen Frankfurt vorgeschoben. Auch in Darmstadt hat sich der Einmarsch der französischen Truppen heute morgen 4 Uhr in voller Ruhe abgewickelt. Die Franzosen besetzten alle Bahnhöfe, Postämter, das Schloß und alle öffentlichen Gebäude. Soweit bisher Nachrichten hierher gelangten, scheinen zu der Besetzung Darmstadts nur farbige Truppen verwendet worden zu sein.**

*

Eine imperialistische Ausflucht?

Wir haben bereits kurz dem Gedanken Raum gegeben, daß die militärische Unternehmung Millerands gegen Deutschland ihren tieferen Grund finde in Schwierigkeiten der inneren Politik Frankreichs. An dieses Motiv wird man um so mehr glauben, wenn man hört — wir haben darüber Einzelheiten gehört von Personen, die kürzlich Paris besucht haben, und es haben sich auch Mitglieder von Ententemissionen in diesem Sinne ausgesprochen —, daß nämlich der Nationalismus und Chauvinismus mechodisch neu angefacht werde, um gegen den sich in aller Stille in Frankreich ausbreitenden Bolschewismus anzukämpfen. Der Radikalismus arbeitet nach diesen Mitteilungen hauptsächlich damit, daß er „die Niederlage der Sieger" ausbeutet: „Ein Drittel von Frankreich zerstört, die Proportion verkürzt, keine Aussicht auf Erhöhung der Menge, im Gegenteil (wobei man wissen muß, was gerade in Frankreich das Weizenbrot und seine Verschlechterung bedeutet), schlechte Valuta — kurz, es geht den Besiegten zwischen Rhein und Polen wahrhaftig viel besser, als uns Siegern." Daraus wird gefolgert, daß die „siegenden Imperialisten" Betrüger des Volkes seien.

Es kommt hinzu, daß alle die kleinen Rentner, die im Vertrauen auf die Regierung seinerzeit ihr Geld in russischen und Orient-Anleihen angelegt haben, geradezu verzweifelt und zum Teil der unsinnigsten Agitation in diesem Zustand zugänglich sind. Der Haß gegen die Engländer und Amerikaner spricht sich unverhohlen und laut genug aus im Café, auf dem Omnibus, an jeder Straßenecke. „Für die haben wir geblutet und sie kassieren ein." Tatsächlich sind die Verhältnisse so unsicher, daß eine riesige Kapitalflucht nach der Schweiz seit Monaten sich vollzogen hat in einer Weise, daß die Schweizer Banken selbst das harte Geld und Gegenstände aus Edelmetall in ihren Safes kaum mehr unterzubringen vermögen. Infolgedessen stockt die Industrie, und der Unternehmungsgeist für den Wiederaufbau ist gelähmt.

Da scheint Millerand das Rezept Louis Napoleons empfehlenswert, offenbar weil er (obwohl er seinen Landsleuten die Gefahren des Revanchekrieges der Boches täglich an alle Wände malen läßt) sich sagt, daß es ihm nicht so mißglücken könne, wie Ollivier und Gramont, weil das Deutschland, gegen das sich sein Manöver zur Lösung der inneren französischen Krisis richtet, von innerem Hader und Parteienhaß und Radikalismus und von tausend wirtschaftlichen Nöten zerspalten und ohnmächtig ist.

Der „Temps" meldet in seiner Ausgabe vom ersten Ostertag, daß auch in dem jetzt von der Reichswehr besetzten Ruhrgebiet Verschiebungen der neutralen Zone bevorstehen, sobald die Ruhe wiederhergestellt und die Reichswehr das Ruhrgebiet verlassen habe. Das klingt verdächtig genug. Man will offenbar ans Frankfurt, Darmstadt usw. legale Pfänder machen, um diese dann auszutauschen gegen weitere Kohlengebiete und damit zugleich Kohlenlieferungen, Aufbesserungen des „Sieges" und der Stimmung in Frankreich zu erzielen.

Soweit haben die Kappisten und wilden Revolutionäre, deren Tätigkeit, wie die Bewegung zweier Zahnräder technisch-logisch ineinandergreift, uns gebracht und — Herrn Millerand.

*

Die Entente nicht beteiligt

+ **Berlin, 6. April. (Eigener Drahtbericht)**

Der französische Ministerpräsident hat heute vormittag den deutschen Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, zu sich gebeten und ihm von der Besetzung von Frankfurt, Hanau und Darmstadt durch französische Truppen Mitteilung gemacht. Gleichzeitig hat Millerand dem deutschen Geschäftsträger eine Note der französischen Regierung überreicht, in der gesagt wird, daß der französische Oberbefehlshaber auf Befehl der französischen Regierung, also nicht auf Befehl aller Alliierten, den Vormarsch angeordnet habe und daß die Besetzung der drei Städte Frankfurt, Darmstadt und Hanau durch die französischen Truppen wieder aufgehoben werde, sobald die deutschen Truppen aus der neutralen Zone herausgezogen sein werden und der vertragsmäßige Zustand wiederhergestellt sein wird. Der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer hat dies zur Kenntnis genommen und erklärt, diese der deutschen Regierung übermitteln zu wollen.

Wie die „B. Z." zuverlässig hört, ist die französische Regierung bei der Besetzung von Frankfurt, Darmstadt und Hanau durchaus selbständig vorgegangen, ohne die ausdrückliche Zustimmung der englischen und italienischen Regierung. Das französische Kabinett hatte zwar nach London die Mitteilung gelangen lassen, daß sie die Absicht habe, Frankfurt, Darmstadt und Hanau zu besetzen, weil das Abkommen vom August 1919 angeblich verletzt würde, und hatte um schleunigste Antwort gebeten. Die Antwort der beiden alliierten Regierungen war aber in Paris noch nicht eingegangen, als der Befehl zur Besetzung gegeben wurde. Der Befehl an Foch, Frankfurt und Darmstadt zu besetzen, wurde schon am Montag vormittag gegeben. Die Besatzungstruppen von Darmstadt liegen nicht in der Stadt, sondern außerhalb auf den Höhen der Stadt. Ihre Stärke wird auf 5- bis 6000 Mann geschätzt. Augenblicklich sind Verhandlungen wegen Unterbringung der Truppen im Gange. Der französische Kommandant Nichanz hat sich beim Ministerpräsidenten Ulrich zum Besuch angemeldet. Die Besetzung Frankfurts durch die französischen Truppen hat zu einer Störung im Fernsprechverkehr zwischen Frankfurt und den übrigen Orten geführt. Seit den frühen Morgenstunden war es unmöglich, mit Frankfurt von Berlin aus Verbindung zu erhalten. Dagegen war mit Darmstadt noch Verbindung. In Darmstadt haben die Franzosen das Hauptpostamt besetzt, den Fernsprechverkehr aber nicht abgeschnitten.

*

Einspruch der deutschen Regierung

+ **Berlin, 6. April. (Eigener Drahtbericht)**

Wir erfahren aus Kreisen der Reichsregierung, daß heute vormittag 11 Uhr eine Sitzung des Reichskabinetts einberufen wurde. Gegenstand der Beratung war der Einmarsch der französischen Truppen in Frankfurt, Darmstadt und Hanau. Die Reichsregierung ist entschlossen, gegen die Besetzung energischen Protest in einer besonderen Note zu erheben. Das Reichswehrministerium ist der Ueberzeugung, daß es innerhalb zwei bis drei Tagen gelingen wird, die Befreiung des Ruhrgebietes durchzusetzen. Es sollen die dort eingesetzten Reichswehrtruppen alsbald zurückgezogen werden.

Die Franzosen scheinen gewillt zu sein, auch ihre Truppen aus Frankfurt, Darmstadt und Hanau zurückzuziehen, sobald die Reichswehrtruppen die neutrale Zone geräumt haben. Es dürfte sich also jedenfalls nur um eine Maßnahme von vorübergehender Bedeutung handeln, die allerdings diplomatische Komplikationen insofern nach sich ziehen dürfte, als Frankreich, und zwar im besonderen die maßgebenden militärischen Stellen unter Führung Fochs nachdrücklich Sondergarantien fordern könnten. Die Lage wird darum in Kreisen der Reichsregierung nach unsrer Information nicht ohne Besorgnis beurteilt.

Die neue Note der Regierung an die Entente in Sachen des Vormarsches ihrer Truppen dürfte im Laufe des Nachmittags noch bekannt werden. Der gesamte Telephonverkehr nach der Schweiz und auch die Verbindung mit Stuttgart und allen auf der Strecke liegenden Orten ist gesperrt, da alle diese Leitungen über Frankfurt gelegt sind.

Uebergriffe der oberschlesischen Kommission

Aus Oppeln ist, wie das Wolff-Bureau meldet, berichtet worden, daß die interalliierte Kommission in Oberschlesien nicht nur der Bevölkerung das Recht abspricht, an den nächsten Reichstagswahlen und an der Präsidentenwahl teilzunehmen, sondern daß auch die bisherigen Vertreter der oberschlesischen Bevölkerung sich nicht mehr an den Sitzungen der deutschen, preußischen oder provinziellen Volksvertretungen beteiligen dürfen. Hierzu bemerkt die „Deutsche Allgem. Ztg.", daß die Souveränität im oberschlesischen Gebiete auch nach der Besetzung bei Deutschland und bei Preußen verbleibt. Die Souveränität ruht nur gewissermaßen und ist der interalliierten Kommission zu treuen Händen übertragen worden. Diese hat demnach kein Recht, gesetzmäßige Bestimmungen außer Kraft zu setzen und kann natürlich auch keine neuen Gesetze erlassen. Es ist zu erwarten, daß gegen die neuerlich gemeldeten Uebergriffe von der Reichsregierung scharfer Einspruch erhoben werden wird.

Die Befreiung des Ruhrgebiets

Die Polizeiaktion im Ruhrgebiet nimmt, wie amtlich mitgeteilt wird, einen planmäßigen Verlauf. Um Städte und Ortschaften zu schonen, enthalten sich die Truppen aller nicht unbedingt erforderlichen Kampfhandlungen, was an die Leistungsfähigkeit und den Opfersinn der Truppen, unter denen sich mehrere südd. Formationen befinden, eine ganz besondere Aufgabe stellt. Oestlich von Dortmund, in das die ersten Abteilungen eingezogen sind, gehen die Truppen in der Linie Lünen—Kamen gegen erheblich stärkere Abteilungen roter Banden vor. Auch im Landkreis Hörde schreitet das Reinigungswerk vorwärts. Der Bahnhof Wickede wurde von roten Banden gestürmt, ebenso die Zechen „Admiral" und „Glückauf". Duisburg hat seit dem Einmarsche der Reichswehr sein normales Aussehen wiederangenommen. In Düsseldorf hat eine Bande von versprengten Roten die Infanteriekaserne vollständig ausgeplündert. Die Räuber wurden sämtlich von der Sicherheitswehr festgenommen. Jetzt ist die Lage normal. Bei Velbert ist es zu schweren Kämpfen gekommen, wobei die Roten Truppen mehr als 300 Tote verloren haben sollen.

Der Essener Zentralrat ist nach Barmen geflüchtet. Er erklärt, er habe seine Truppen nicht mehr in der Hand. Bei Bottrop haben die Bolschewisten Schützengräben ausgehoben und Feldgeschütze in Stellung gebracht. Am ersten Feiertag kam es hier zu blutigen Kämpfen. Die Gruppe Lippe wurde am Montag nachmittag westlich von Carnapp zweimal von den Aufrührern angegriffen. Die Angriffe wurden abgeschlagen. Die Einnahme von Duisburg, Oberhausen und Mülheim erfolgte ohne nennenswerte Kämpfe.

Diese Erfolge der Regierungsaktion dürfen natürlich nicht darüber täuschen, daß ein gut Teil der Roten Truppen sich noch wie vor nicht geneigt zeigt, den Bielefelder und Münster Abmachungen Folge zu leisten. Die sogenannte „Kampfleitung" hält dem Widerstand ihrer Anhängerschaft noch aufrecht. Wie das Wolff-Bureau meldet, sind alle Kampfhandlungen, die noch erforderlich werden sollten, allein dem trotzigen und

sinnlosen Widerstand der Roten Kampfleitung

oder, soweit die Banden dieser Leitung bereits entglitten sind, der verbrecherischen Gesinnung dieser Banden selbst zuzuschreiben. Noch immer kommen aus dem gefährlichen Gebiet zahlreiche Hilferufe, an denen alle Kreise der Bevölkerung gleichmäßig beteiligt sind. Noch immer werden dauernd Plünderungen und Gewalttaten gemeldet. Die eingeleitete Polizeiaktion muß daher fortgesetzt werden. Sie wird überall dort, wo sie zur Auswirkung kommt, als eine Befreiung auf das lebhafteste begrüßt. Diese Roten Banden und ihre Führer scheinen sich allerdings nur der letzten Gewalt fügen zu wollen.

Es liegen jetzt Meldungen vor, aus denen hervorgeht, daß die

Führer der Aufständischen in Verbindung mit der Entente

gestanden haben, daß sie den Einmarsch der alliierten Truppen in das Ruhrgebiet geradezu verlangt haben:

ITA. **Köln, 6. April. (Eig. Drahtbericht.) Im Düsseldorfer Revier erwartet man bestimmt, daß heute die Arbeit allgemein wiederaufgenommen wird. Wie die „Kölnische Volkszeitung" erfährt, hat sich die Regierung bereit erklärt, die bei den Kämpfen entstandenen Schäden aus Reichskosten zu decken. In einer Massenversammlung der christlichen Arbeiter- und Angestelltenschaft in Bochum charakterisierte ein Arbeitersekretär das Münster Abkommen als eine große Konzession der Regierung an den Linksradikalismus. Nicht Abbruch des Kampfes, sondern eine Atempause hätte es gebracht. Stürmischen Protest rief eine Mitteilung des Arbeitersekretärs Hänschen hervor, nach der in einer dem Ultimatum Watter folgenden Sitzung des Bochumer Arbeiterrates der Kommunist Kaempfener die Absendung eines Telegrammes an die Entente beantragt habe, in dem der Einmarsch der Ententetruppen in das Ruhrgebiet gefordert wurde. Nach den Erklärungen des Kommunisten Kuß in Bochum sei der Essener Zentralrat mit der Entente hierüber schon in Unterhandlungen getreten. Im engeren Bezirk des Wahlkreises Bochum, Herne, Hattingen und Witten wird das Abkommen von Münster gehalten. Nach den gestrigen Wahrnehmungen scheint es in den östlichen Bezirken des Industriegebietes, von wo die Bolschewistenbewegung ihren Ausgang genommen hat, zu schweren Endkämpfen zu kommen. Vor allem im Bezirk Dortmund und Hagen.**

⊕ **Berlin, 6. April.** (Eig. Drahtbericht.) Die Fernverbindungen mit dem Ruhrrevier waren auch am zweiten Osterfeiertag spät abends noch unterbrochen, was auf eine Fortdauer des ernsten Zustandes im Ruhrrevier schließen läßt. Ueber Hannover und Osnabrück sind auch am zweiten Feiertag noch Reichswehrformationen mit der Bahn nach Münster transportiert worden.

⊕ **Köln, 6. April.** (Eig. Drahtbericht.) Die in Duisburg und Oberhausen eingerückten Regierungstruppen haben beim dortigen Vollzugsrat die Listen der bewaffneten Arbeiter des engeren Ruhrreviers vorgefunden und beschlagnahmt. Danach sind im ganzen 11 000 Arbeiter in der Roten Armee eingereiht gewesen. In den der Besetzung durch die Regierungstruppen vorausgegangenen beiden letzten Tagen, war in fast allen größeren Gemeinden, in denen Abteilungen der Roten Armee lagen, mit Plünderungen und mit der gewaltsamen Beschlagnahme der öffentlichen Kassen und der Kassen der größeren Privatbetriebe begonnen worden, um den

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200407/1